

FAZIT: MASSNAHMEN ZUR ABMILDERUNG SOZIALER UND WIRTSCHAFTLICHER BEEINTRÄCH- TIGUNGEN SIND SINNVOLLER ALS KURZFRISTIGE KONSUMSTIMULIERUNG

Gegen Rekordschulden im Zuge der Coronakrise spricht insgesamt nicht, dass diese für sich genommen die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland gefährdeten. Das sich gegenwärtig abzeichnende öffentliche Defizit von 7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist durchaus tragbar; Deutschland könnte sich angesichts der in den Folgejahren wieder greifenden Schuldenbremse sogar ein noch höheres Defizit in Krisenjahren leisten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass auf die Wirksamkeit finanzpolitischer Maßnahmen nicht geachtet werden sollte. Solange die Epidemie faktisch bestimmte ökonomische Aktivitäten einschränkt, kann allgemeine Nachfragestimulierung keine grundlegende Verbesserung herbeiführen. Notwendig ist vor allem, die Stärke einer zweiten Epidemiewelle in Deutschland zu reduzieren und sich auf spezifische und lokal begrenzte Eindämmungsmaßnahmen vorzubereiten, denn ein weiterer allgemeiner Shutdown könnte viele Unternehmen in die Insolvenz treiben und dann auch das Produktionspotenzial dauerhaft beeinträchtigen. Sinnvoller als kurzfristige konsumstimulierende Maßnahmen wä-

ren Maßnahmen, die auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Eindämmungsmaßnahmen abzielen, indem damit einhergehende soziale und wirtschaftliche Beeinträchtigungen für die Betroffenen gemildert werden. Nicht zuletzt dürften Mehrausgaben für die Betreuung der Schulkinder, insbesondere aus sozio-ökonomisch benachteiligtem Umfeld, mittel- bis langfristig einen positiven Effekt auf das wirtschaftliche Potenzial haben und nicht nur kurzfristig stimulierend wirken. Der finanzielle Spielraum für solche Maßnahmen wäre durchaus vorhanden.

LITERATUR

Brauttsch, H.-U., J. C. Claudio, A. Drygalla, F. Exß, K. Heinisch, O. Holtemöller, M. Kämpfe, A. Lindner, I. Müller, B. Schultz, R. Staffa, M. Wieschmeyer und G. Zeddies (2020), »Wirtschaft stellt sich auf Leben mit dem Virus ein«, *IWH Konjunktur aktuell* 8(2), 26–62.

Drygalla, A., O. Holtemöller und K. Kiesel (2018), »The effects of fiscal policy in an estimated DSGE model – The case of the German stimulus packages during the Great Recession«, *Macroeconomic Dynamics*, <https://doi.org/10.1017/S1365100518000858>.

Holtemöller, O. (2020a), »Integrated Assessment of Epidemic and Economic Dynamics«, IWH Discussion Paper 4/2020, verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/215895/1/1694465632.pdf>.

Holtemöller, O. (2020b), »Was taugt das Corona-Konjunkturpaket? Lehren aus der Evaluierung der Konjunkturpolitik während der Finanzkrise«, *Wirtschaftliche Freiheit*, 10. Juni, verfügbar unter: <http://wirtschaftlichfreiheit.de/wordpress/?p=27510>.

Holtemöller, O. und Y. G. Muradoglu (2020), »Corona shutdown and bankruptcy risk«, *IWH Online* (3), verfügbar unter: https://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/iwh_online/io_2020-03.pdf.

Hans-Peter Burghof

Wirtschaftliche Freiheit als Krisenwährung

Wer in den 1980er oder 1990er Jahren an einer guten Fakultät für Volkswirtschaftslehre seine Ausbildung erfahren und die folgenden zwei Jahrzehnte verschlafen hätte, würde sich heute beim Erwachen verwundert die Augen reiben. Damals, nach dem Kollaps der staatskapitalistischen Systeme, öffnete sich eine neue Welt der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit für viele Millionen Menschen. Zahlreiche Staaten drängten in die Europäische Union, die wie keine andere Region der Welt diese neue Hoffnung repräsentierte. Diese Union gewann mit dem Vertrag von Maastricht und der Schaffung der gemeinsamen Währung nach Jahren der Stagnation eine neue Dynamik. Das neue Europa war, nach Jahrhunderten der Konflikte, ein Wunder der Geschichte. Aber geschichtliche Momente dieser Art haben keine Beständigkeit.

Die Ernüchterung folgte bald und schmeckt unverändert bitter. Europa hat vieles von seiner Attraktivität verloren. Die Mitgliedstaaten sind über viele Sachfragen, aber auch über grundlegende Werte zutiefst zerstritten. Die marktwirtschaftlichen Grundlagen erodieren gegenüber der Dominanz staatlicher Lenkungs-konzepte, und Grundfreiheiten werden vorübergehend oder sogar auf Dauer ausgesetzt oder entwertet. Für

diese Entwicklungen gibt es zahlreiche miteinander verbundene Ursachen, und die Erklärungsmodelle dafür sind so vielfältig wie die politischen Positionen der Interpreten. Ohne diese hier bewerten zu wollen: Bei vielen Fragen, z.B. der nach der Rolle des Staates im Verhältnis zu den Märkten und, damit verknüpft, der akzeptablen Höhe der Staatsverschuldung, tritt dabei der situative Ansatz vieler Begründungen unangenehm hervor.

KRISENPERMANENZ UND DIE ÖKONOMISCHE INTERPRETATION DER STAATSCULD

In den 1990er Jahren dominierten der Monetarismus und das Vertrauen in die Märkte. Die neue Zentralbank Europas hatte ein eng begrenztes Mandat, das nicht einmal die eigentlich unabweisbare Rolle als »Lender of Last Resort«, also als Spender von Liquidität bei Krisen der Finanzmärkte, umfassen sollte. In Deutschland wurde die Banken-



Prof. Dr. Hans-Peter Burghof

ist Inhaber des Lehrstuhls für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen an der Universität Hohenheim.